



## Es gilt das gesprochene Wort!

Kiel, 21. Februar 2014

TOP 34, Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen (Drucksache 18/1371)

Tobias von Pein:

## Jugendliche brauchen Angebote aus einer Hand

*Als Asterix und Obelix Rom erobern wollen, heißt es in einer ihrer Prüfungen in der Präfektur, dass sie vom Empfang zum Schalter 1, Korridor links, 6.Tür rechts müssen. Die Tür gibt es aber nicht, so werden sie zum Plan im 6. Stockwerk geschickt, von dort müssen sie wieder ins Erdgeschoss. Schalter 1 ist aber falsch, so müssen sie zum Schalter 2. Dritter Stock, Korridor B, Eingang 6. Dort angekommen, brauchen sie aber noch das blaue Formular. usw. usw. Dabei wollten sie ja nur den Passierschein A38! Ganz so schlimm ist es bei uns nicht. Aber junge Menschen haben trotzdem oftmals mit vielen staatlichen Anlaufstellen zu tun.*

Die Idee, jungen Menschen den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern, indem Beratung und Begleitung gebündelt werden, ist nicht neu. Eine Reihe von Städten hat schon frühzeitig Jugendberufsagenturen aufgebaut, in denen die Agentur für Arbeit, das Jobcenter und die jeweilige Stadt zusammenarbeiten. Die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt Mainz beispielsweise hat eine solche Agentur schon Anfang 2008 eingerichtet.

Die Gründung der Jugendberufsagentur in Hamburg vor zwei Jahren war jedoch das erste Mal, dass eine solche Struktur auf der Ebene eines ganzen Bundeslandes geschaffen wurde. Das heißt nun nicht, dass die arbeitssuchenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Hamburg nun alle zu ein und demselben Büro pilgern müssten, um sich dort stundenlang die Beine in den Bauch zu stehen; die Jugendberufsagenturen sind in jedem der sieben Hamburger Bezirke präsent, seit im Dezember 2013 auch in Bergedorf eine Jugendberufsagentur eingerichtet

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

worden ist. Nach nur anderthalb Jahren ihrer Tätigkeit kann man noch kein abschließendes Urteil darüber fällen, inwieweit dieses Modell optimierungsfähig ist. Die personelle Enge trifft Hamburg wie auch Schleswig-Holstein.

Doch schon jetzt zeigt sich, dass der Weg richtig ist. Es werden nahezu alle Jugendlichen erreicht. 2012 haben nur 25 Prozent der Schulabgänger von Stadtteilschulen sofort einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen, 2013 waren es bereits 39 Prozent.

Die Frage, die wir uns gestellt haben, ist, inwieweit das Hamburger Modell auf unser Land übertragbar ist. In Hamburg gibt es nun einmal die Aufgabentrennung zwischen Land und Kommune und damit auch die Frage der Konnexität nicht. Und egal, ob Stadt- oder Flächenland: Anlaufstellen müssen dezentral organisiert werden! Wir haben mit unserem Antrag vom 30. Mai vergangenen Jahres nicht nur die Übertragbarkeit des Gesamtmodells auf die schleswig-holsteinischen Bedingungen überprüfen lassen, sondern auch, inwieweit erfolgreich evaluierte Elemente bei uns umgesetzt werden können.

Ich danke dem Arbeitsministerium deshalb für seinen ausführlichen Bericht, der uns nochmals die vielfältigen Instrumente des Übergangs von der Schule in den Beruf darstellt. Und der Bericht zeigt u.a.: Das Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt hat sich seit nunmehr sieben Jahren bewährt. Die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen einschließlich der regionalen Berufsbildungszentren, die Jugendhilfe einschließlich der Schulsozialarbeit, die Jobcenter und Arbeitsagenturen arbeiten bereits in den kreisfreien Städten und den Kreisen in unterschiedlichen Formen mit unterschiedlicher Verdichtung zusammen.

Das ist zum Teil noch ausbaufähig, und man kann allen Akteuren nur raten, die erfolgreichen Bemühungen in anderen Bundesländern genau unter die Lupe zu nehmen, denn das Rad muss nicht in jedem schleswig-holsteinischen Landkreis neu erfunden werden. So können z.B. Kooperationsverträge geschlossen werden. Mit mehr Kooperation vor Ort und dem Ansatz einer „one-Stop-Agency“ – also einem Anlaufpunkt für die jungen Menschen – können schon bald die ersten Jugendberufsagenturen vor Ort eingerichtet werden. Wenn es denn gewollt ist!

Deshalb wünsche ich mir, dass wir hier gemeinsam – Land, Kommunen und Bundesagentur – in einen Dialog treten und die Idee der Jugendberufsagenturen weiter nach vorne tragen. Wir

müssen dafür sorgen, dass alle staatlichen Akteure im Sinne der Jugendlichen zusammenkommen! Lassen sie uns anfangen und erfolgreiche Ansätze weiter ausbauen!

Denn junge Menschen brauchen keine hundert Wegweiser oder einen Behördenschwungel. Sie brauchen niedrighschwellige und gebündelte Angebote, aktiven Support und Hilfe aus einer Hand! Und wenn nötig, natürlich auch den Passierschein A 38.

Ich bitte darum, den Bericht der Landesregierung federführend in den Wirtschaftsausschuss und mitberatend in den Bildungsausschuss zur überweisen.